



PAPUA-NEUGUINEA

Morauta löst Koalition auf

Erstmals seit der Unabhängigkeit 1975 hat eine einzige politische Partei die Mehrheit im Parlament erreicht. Etliche Parlamentsmitglieder verließen überraschend ihre Parteien und schlossen sich dem „Peoples Democratic Movement“ (PDM) an. Der Parteivorsitzende, Premierminister Sir Mekere Morauta, konnte so die Koalition mit der „National Alliance“-Partei auflösen sowie vier der dieser Partei angehörenden Minister entlassen. Auf dem Spiel stehen nach Meldungen des „Independent“ auch die Jobs von Parlamentssprecher Bernard Narokobi (Melanesian Alliance), Bart Philemon (Außenminister) und Sinai Brown (Vizefinanzminister).

Die PDM verfügt jetzt über 70 der 109 Sitze im Parlament und hat nach eigener Einschätzung gute Aussichten auf einen Wahlsieg bei den nationalen Wahlen in 15 Monaten. Der Parteivorsitzende der National Alliance, Sir Michael Somare, sagte, in dieser Zeit könne sich noch viel ändern. In Papua-Neuguinea würden die Wähler keine Parteien wählen, sondern Individuen. Der Name Somare

sei immer noch Garant für einen Wahlsieg. Die National Alliance hält nach den Turbulenzen noch 16 Sitze im Parlament. (ABC 21.05.01, Independent 10.05.01)

Hohe Tuberkuloserate

Papua-Neuguinea gehört zu den Ländern mit einer der höchsten Tuberkuloseraten (TB) weltweit. Das berichtete Dr. Joe Bana-Koiri, Spezialist im staatlichen Krankenhaus von Port Moresby. 800 von 100.000 Menschen erkranken jährlich in PNG an Tuberkulose. 80 bis 90 % dieser Patienten leiden an Lungentuberkulose. Bana-Koiri machte auf die Bedeutung der Krankenhäuser und „aid posts“ in ländlichen Gegenden aufmerksam. Wenn es dort aufgrund staatlicher Sparzwänge keine Behandlungsmöglichkeiten mehr für TB-Patienten gäbe, würde sich die Sterberate weiter erhöhen.

Tuberkulose wird durch Bakterien verursacht, diese werden durch Tröpfcheninfektionen übertragen, selten auch durch die Milch erkrankter Rinder oder durch infizierte Haustiere. Tuberkulosebakterien können alle Organe befallen, besiedeln aber primär die Lunge. Weltweit werden jährlich rund acht Millionen Neuerkrankungen gemeldet. Davon sterben zwei Millionen Menschen. Damit ist

die Tuberkulose eine der häufigsten Infektionskrankheiten. Allein in Deutschland erkranken 10.000 Menschen jährlich an TB. (Independent 05.04.01, fit for travel online)

Weltbank rät zur Verlängerung des Moratoriums

Eine Studie der Weltbank kommt zu dem Ergebnis, dass das bereits bestehende Moratorium für Abholzungsprojekte in Papua-Neuguinea verlängert werden müsse. Von den 30 eingereichten Projekten sind elf zur Abholung von rund zwei Millionen Hektar des tropischen Regenwaldes regelwidrig, hieß es seitens der Weltbank. Weitere 17 Projekte betreffen weite Teile des ohnehin schon äußerst fragilen Ökosystems Wald. Diese Projekte seien nicht anhand der Richtlinien des nationalen Planes zur Erhaltung natürlicher Ressourcen (Natural Forest Plan) erarbeitet worden, erläuterte Waldexperte Brian Brunton von Greenpeace. So habe der Minister für Waldangelegenheiten bereits einem Abholzungsunternehmen versprochen, Wälder zum Bau der Straße zwischen Kunga und Aiambak roden zu können. Dies sei einer der schlimmsten Verstöße gegen die Pläne zum Erhalt der Wälder, kritisierte Brunton. (Greenpeace 24.04.01, forests.org 10.04.01)

**PAZIFIK-
INFORMATIONSTELLE**

Getragen vom Pazifik-Netzwerk e.V., dem Evang. Missionswerk in Deutschland, dem Missionswerk der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, dem Nordelbischen Zentrum für Weltmission und Kirchlichen Weltdienst und Missio München.



Missionswerk

der Evang.-Luth. Kirche
in Bayern

Division for World Mission
Evangelical Lutheran Church in Bavaria

Christsein überall

Deutsche Botschaft macht zu

Die Regierung von PNG wird voraussichtlich sieben ihrer Botschaften schließen. Betroffen von der Schließung aufgrund von Einsparmaßnahmen ist auch die Botschaft in Bonn. Des Weiteren werden die Botschaften in Paris, Sydney, Cairns, Seoul, Singapur und Kuala Lumpur geschlossen. Premierminister Sir Mekere Morauta sagte, die Schließungen seien nötig geworden durch den Verfall des Kinas zwischen 1997 und 1999 und die allgemein schlechte ökonomische Situation des Landes. Zur Einsparung weiterer Gelder werde das Außenministerium einen Strukturwandel durchlaufen, gerade die Neuorganisation im öffentlichen Sektor sei nötig, ergänzte Morauta. (PC 10.05.01)

Erhöhte Kaffeeproduktion durch Forschungserfolge

Wissenschaftler der Kaffeekorporation Omuru bei Madang haben eine Kaffeeart entwickelt, die dreimal so viel Erträge wie die herkömmlichen Kaffeepflanzen verspricht. Es handelt sich um eine Unterart der Gattung „Robusta“, die speziell für das Anpflanzen in den Tiefen von Papua-Neuguinea entwickelt wurde. Der Geschäftsführer der Coffee Industry Corporation (CIC) in Oumuru, Pugma Kopi, sagte, die neue Varietät des Kaffees würde zu einen Aufschwung in der Kaffeeproduktion des Tieflandes beitragen. Robusta-Kaffee wird vor allem für die Herstellung von Instantpulver genutzt. Robusta trägt 5 % zu den mit Kaffee erwirtschafteten Exporteinnahmen in Höhe von 164 Millionen US Dollar (328

Mio. DM) bei, die anderen 95 % erzielen Kaffeebohnen der Marke „Arabica“. Arabica wird traditionell im Hochland angebaut, ein Anbau von Kaffee in den Tiefen war bisher an den klimatischen Bedingungen gescheitert. Die neue Robusta-Art namens „Omuru“ würde jedoch auch in diesem Klima gedeihen, erklärte Kopi. Sie ermögliche die Ernte von 2,4 Tonnen grüner Bohnen pro Hektar im Vergleich zu nur 0,8 Tonnen Bohnen der Robustabohne „Besokei“. In einem ersten Modellversuch sollen nun Omuru-Pflanzen in Aiyura in der Provinz Eastern Highland und in Omuru bei Madang angepflanzt werden. Anschließend sollen die Pflanzen an die Kleinstbetriebe der Kaffeepflanzer im Tiefland verteilt werden. (PIR 24.05.01)

BOUGAINVILLE

Milleniums-Friedenspreis für Frauen

Die Leitana Nehan Women's Development Agency (LNWDA) aus Bougainville konnte anlässlich des Weltfrauentages am 8. März den „Milleniums-Friedenspreis“ aus den Händen der UNIFEM (United Nations Development Fund for Women, Entwicklungsfonds für Frauen) entgegennehmen. Die 1992 gegründete Nichtregierungsorganisation setzt sich für Frauenrechte ein. Dazu gehören die Durchführung von Workshops zur Sensibilisierung von Geschlechterrollen, die Aufklärungskampagne über häusliche Gewalt gegen Frauen und der Einsatz zur Friedenssicherung. Helen Hakena, Koordinatorin von LNWDA, sagte bei der Preisverleihung in New York, sie nehme diesen Preis stellvertretend für alle Frauen an, die sich in den vergangenen Kriegsjahren um

Frieden und Versöhnung auf Bougainville bemüht hätten. (N. Braumann 11.3.01)

Abkommen über Abgabe aller Waffen

Auf die Initiative des internationalen Friedenssicherungsteams auf Bougainville (Peace Monitoring Team) hin, trafen sich Anfang Mai Vertreter der verschiedenen Fraktionen an geschichtsträchtiger Stelle. Im Ort Togorau, Gründungsort der Widerstandsbewegung und zugleich Geburtsort von Sam Akoitai, Mitglied im Nationalparlament für den Distrikt Zentralbougainville, diskutierten die Teilnehmer des Treffens die Zukunft der Insel.

Ergebnis der dreitägigen Verhandlungen ist das sogenannte „Protokoll von Rotakas“, das die Abgabe aller Waffen vorsieht. Dies ist die Voraussetzung für die Wahl einer autonomen Provinzregierung für Bougainville und ein eventuell folgendes Referendum zur Unabhängigkeit. Das Rotakas-Protokoll nennt jedoch keinen genauen Zeitpunkt, an dem die Abgabe aller Waffen erfolgt sein muss. (ABC 05.05.01)

Wiedereröffnung von Schulen

Der Erziehungsausschuss der Provinz der Nördlichen Salomonen hat die Wiedereröffnung von fünf Schulen in der Gegend rund um die Panguna-Mine auf Bougainville bestätigt. Die Schulen befinden sich in dem Gebiet, das noch immer von Rebellenführer Francis Ona und der von ihm ernannten „Unabhängigen Republik von Me'akamui“ dominiert wird. Tony Tsora, Provinzbeauftragter für Erziehungsfragen, sagte,

die Schulen würden auf den Wunsch von Eltern und Gemeinde wiedereröffnet. Die Schulgebäude wurden bereits errichtet, Schulmaterialien stellt das Erziehungsministerium von PNG zur Verfügung. Noch fehlt es an Lehrern. Der Abschlussjahrgang am Lehrerausbildungskolleg in Madang hat jedoch angeboten, im nächsten Jahr Lehraufträge in Bougainvilles Schulen zu übernehmen, erklärte Tsora.

Die Schulen auf Bougainville waren 1988 geschlossen worden, nachdem Ona und seine Anhänger den bewaffneten Kampf für die Schließung der Panguna-Mine aufgenommen hatten. (*Independent* 26.04.01)

BERGBAU

BHP auf dem Rückzug

Die Verhandlungen zum Rückzug der Broken Hill Propriety (BHP) aus dem Ok Tedi Mining Ltd. Konsortium (OTLM) stehen kurz vor ihrem Abschluss. Dies sagte Premierminister Sir Mekere Morauta am Rande der Gespräche zwischen Regierungsvertretern und BHP-Offiziellen.

Broken Hill hatte bereits vor einiger Zeit angekündigt, sich aus der Ok Tedi-Mine zurückzuziehen und seine Anteile an OTLM in Höhe von 52 % an einen Treuhänder aus Übersee zu verkaufen. Damit sollte sichergestellt sein, dass die zu erwartende Dividende für die Wiedergutmachung erlittener Umweltschäden genutzt würde. BHP hatte Fehler im Umgang mit den Reststoffen aus der Mine zugegeben, nachdem eine unabhängige Studie der Weltbank zu dem Ergebnis gekommen war, dass die Mine geschlossen werden müsse,

um den ökologischen Super-gau zu vermeiden.

An der Ok Tedi-Mine sind neben Broken Hill die kanadische Firma Inmet mit 18 % beteiligt, sowie die Regierung von PNG mit 30 %, von denen wiederum 2,5 % auf die traditionellen Landeigner der Western Province entfallen. Der Staat PNG und die Inmet nehmen an den Verhandlungen zum Rückzug von BHP teil. „Wir wollen für alle Beteiligten nur das Beste in dieser schwierigen Angelegenheit“, kommentierte Morauta. (*pacnews* 09.05.01)

Landeigner wollen Rio Tinto verklagen

Die Vereinigung der Landeigner auf Bougainville will eine millionenschwere Klage gegen den Bergbaumulti Rio Tinto einreichen. Vor dem Bundesgerichtshof von Los Angeles wollen die Landbesitzer unter Leitung des Sezessionsführers Francis Ona auf Völkermord und Umweltzerstörung klagen. Die Kläger haben insgesamt 13 Anklagepunkte gegen Rio Tinto zusammengetragen, die meisten beziehen sich auf die durch die Panguna-Mine verursachten Umweltschäden sowie die durch Kämpfe getöteten Einheimischen.

Von 1987 bis 1998 hatte die Bougainville Revolutionary Army unter Führung von Francis Ona zunächst für die Schließung der Kupfermine bei Panguna gekämpft und sich anschließend für die Unabhängigkeit der Insel eingesetzt. Im Kampf zwischen der BRA, dem Militär von Papua-Neuguinea (PNG Military Defence Forces) und den Bürgern Bougainvilles waren etliche hundert Menschen ums Leben gekommen. Ona und seine siebenköpfige Delegation klagen u.a. auf Völ-

kermord, verursacht durch die Aktivitäten der australischen Minenbetreiberfirma CRA, die vor zwei Jahren von Rio Tinto aufgekauft wurde.

Die Landeigner werden vor Gericht von Steve Berman von der Kanzlei Hagen-Berman aus Seattle vertreten. Berman hat sich durch eine erfolgreiche Klage gegen den Zigarettenhersteller Philip Morris einen Namen gemacht. Eine Entscheidung über die Zulassung der Klage fällt Anfang Juli. Experten erwarten, dass Rio Tinto versuchen wird, den Fall vor ein Gericht in Australien oder Papua-Neuguinea zu bringen. (*pacnews* 11.04.01, PC 10.04.01, PNB 4/01)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS DER ELC-PNG UND ANDEREN LUTHERISCHEN KIRCHEN IN PNG

Bischöfliche Vorwürfe

Die "wachsende soziale Ungerechtigkeit" in Papua-Neuguinea prangerte der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea, Dr. Wesley Kigasung, nach einer Sitzung der lutherischen Kirchenleitung an. „60 bis 80 Prozent der Bevölkerung sind davon betroffen und reagieren darauf, unter anderem mit kriminellen Verhalten“, erklärte er.

Bischof Kigasung forderte im Namen der lutherischen Kirche die Regierung zur Zusammenarbeit auf: "Unser soziales En-

agement ist aber aus finanziellen Gründen begrenzt", bedauerte er. Deshalb müsse die Regierung endlich in Gebieten tätig werden, die Lutheraner nicht erreichen. Allerdings zweifle er an der Wirksamkeit der Beschlüsse, die in der Vorwahlzeit gefasst werden. Es scheine vielmehr so, dass Politiker und ihre Parteien von diesen Entscheidungen profitieren, die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Selbst die Rechtsprechung erweise sich als ungerecht. *"Die 'Großen' werden auch für größere Verbrechen nicht zur Rechenschaft gezogen, während die 'Kleinen' festgenommen, brutal bestraft und in überfüllte Gefängnisse geworfen werden."*

Die Kirche, so betonte er, werde sich für die politische Bildung ihrer Glieder einsetzen und dafür sorgen, dass bei der anstehenden Parlamentswahl, die im Jahr 2002 durchgeführt wird, "gute Führer" gewählt werden. *(Zeit für Mission nach PC Online 08.05.01)*

Neue Aufgabe für Kentagl

Die Melpa Lutheran Church hat das ‚Kentagl Hermann Strauß Theological Training Centre‘ eröffnet. Dort werden Männer für den Pfarrerberuf ausgebildet, die aufgrund ihres Schulabschlusses nicht in den ELC-PNG-Seminaren aufgenommen wurden. Der Pfarrerbedarf der Melpa Lutheran Church wird mit 150 Pfarrern angegeben, damit je 300 Gläubige von einem Pfarrer betreut werden können. (Jetzt sind 70 Pfarrer tätig, die jeweils für etwa 500 Gemeindeglieder zuständig sind.) *(Eigene Meldung Mai 2001)*

VON PERSONEN

Der Projekt-Koordinator in der Finanzabteilung der ELC-PNG, Kamung Matrus, nahm an einer internationalen Tagung über die Auswirkungen von Bergbauabfällen in Tiefseedeponien teil. Diese Tagung fand Ende April in Manado, Nord Sulawesi (Indonesien), statt und wurde von der indonesischen Gruppe Jatam in Verbindung mit dem australischen Mineral Policy Institute veranstaltet. Geplant war in diesem Rahmen die Besichtigung einer Bergbauanlage, die auch (wie für das Ramu-Nickel-Projekt geplant) Unterwasser-Abfallbeseitigung durchführt. *(Eigene Meldung 10.04.01)*

Nach zehnjährigem Dienst in PNG sind Rev. Peter und Ehefrau Lois Hage mit zwei Kindern nach Australien zurückgekehrt. Rev. Hage, zuletzt Dozent am Senior Flierl Seminary Logaweng bei Finschhafen, übernimmt eine Pfarrstelle in Freeling (South Australia). *(Mission Panorama April 2001)*

Bischof Wesley besucht Westpapua-Flüchtlinge

Nach seinem Besuch bei den rund 400 in einem Lager in der Nähe von Vanimo untergebrachten Flüchtlingen aus Westpapua hat der Leitende Bischof der ELC-PNG volle Entscheidungsfreiheit für diese Menschen gefordert. Sie sollten selbst entscheiden dürfen, ob sie einen Asylantrag stellen oder in ihre Heimat zurückkehren. Als besonders dringlich erschien der Delegation aus Lae, dass die Bewohner des Lagers auf trockenes Land umgesiedelt werden. Das jetzt genutzte Gelände sei ein Sumpf, der bei Regen unter Wasser steht und eigentlich nicht bewohnbar ist.

Der Bischof, der von Mitgliedern des lutherischen Ausschusses für Katastrophenhilfe begleitet wurde, lobte die katholische Kirche und die Regierung der Provinz West Sepik für die bisherige Betreuung der Menschen. Er sagte zu, dass sich auch die ELC-PNG an den Hilfsmaßnahmen beteiligen werde. Die Mitglieder der lutherischen Gemeinde in der Stadt Vanimo sollten sich vor allem um die geistlichen Bedürfnisse der überwiegend evangelischen Grenzgänger kümmern. *(PC Online 13.03.01)*

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

VON PERSONEN

Der aus Sissano (Distrikt Aitape, Provinz West Sepik) stammende Joseph Amanos wurde am 5. Mai als erster seines Dorfes zum Priester der katholischen Kirche geweiht. Die Weihe, durchgeführt vom Bischof von Aitape, Bischof Austen Crapp, fand direkt am Strand statt, dort wo bis zum Tag des Seebebens am 17. Juli 1998 die 72 Jahre alte, von deutschen Steyler Missionaren gebaute Kirche gestanden hatte. Mehr als tausend Menschen, unter ihnen fünf weitere einheimische Priester, nahmen an der Zeremonie teil. *(PC Online 23.05.01, Independent 10.05.01)*

Avis Ipsen verlässt PNG nach 41 Jahren Dienst. Nach vierjähriger Tätigkeit im staatlichen Gesundheitsdienst war sie 19 Jahre lang in der Verwaltung der Boroko Baptist Church tätig. 1973 war sie eine der ersten Freiwilligen, die bei der neu gegründeten Telefonseelsorge Lifeline mitarbeiteten. Als 1985 eine Poliklinik mit Familienplanungsberatung angeschlossen wurde, arbeitete Avis Ipsen hauptamtlich in dieser Abtei-

lung. Die letzten Jahre vor Erreichung des Ruhestandsalters im Jahr 1992 war sie Sekretärin und Protokollantin am Obersten Gerichtshof von PNG. Die in PNG eingebürgerte Avis Ipsen verlässt das Land aus gesundheitlichen Gründen. (Independent 10.05.01)

Pater Gerald Walsh ist in Melbourne (Australien) gestorben. Von 1955 bis 1996 hatte er in PNG als Missionar des Franziskaner-Ordens gearbeitet. Anfänglich war er in der Provinz West Sepik für den Aufbau von Schulen und anderen kirchlichen Einrichtungen zuständig. Von 1980 bis 1983 war er Rektor des katholischen Priesterseminars in Bomana. Bevor er aus gesundheitlichen Gründen nach Australien zurückkehrte, war er zuletzt Provinzial-Geistlicher seines Ordens. (PC Online 12.03.01)

Christian Life Centre baut neu

Die Anbetungshalle in der Tetrel Street, Waigani (Port Moresby), in der die Christian Life Centre-Bewegung entstand, wurde kürzlich abgerissen, damit dort ein größerer Bau mit 2.000 Sitzplätzen entstehen kann.

In Anwesenheit von 200 Mitgliedern der Bewegung – unter ihnen auch der Staatsminister für Angelegenheiten der Provinzen, Iairo Lasaro, sowie der Vorsitzende des Direktoriums, Pastor Charles Lapa – wurde gleichzeitig bekanntgegeben, dass der Name des Zentrums in „Lobpreis-Zentrum Waigani“ geändert wird.

Der Neubau wird wahrscheinlich über 300.000 Kina kosten. Um die noch fehlenden 75.000 Kina aufzubringen, veranstaltet die charismatisch geprägte Gemeinschaft verschiedene

Werbeaktionen. (National Online 10.05.01)

Nehemia – ein Vorbild auch für Papuas Gouverneure

Auf der Abschlussveranstaltung der Konferenz des Rats der Gouverneure der Region Papua erinnerte Pastor Landon Butuna vom Christian Life Centre an die biblische Gestalt des Nehemia. Er sei ein Gouverneur gewesen, der die Nation aus langjährigem Ruin herausholte. Um die Nation wiederaufzubauen, nutzte er die rechtlichen Möglichkeiten aber auch die Hilfe Gottes. „Vor Gott sind wir klein wie Mäuse. So benötigen wir Gottes Hilfe, um Veränderungen herbeizuführen in unseren Provinzen, in der Region und im Land insgesamt“, so der Geistliche in seinem Schlusswort an die hohen Regierungsbeamten. (National Online 17.05.01)

AUS ANDEREN RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN IN PNG

Baha'i feiern neues Kirchenjahr

Über 300 Mitglieder der Religionsgemeinschaft der Baha'i feierten den Beginn des neuen Kirchenjahres am Samstag, 24. März. Dieser Tag ist gleichzeitig das Ende einer 19tägigen Fastenzeit. Gäste aus Samoa und Fidschi führten Tänze zur Feier des Tages vor. Nach eigenen Angaben zählen die Baha'i in PNG 50.000 Mitglieder. Die Religionsgemeinschaft hat Niederlassungen in den Provinzen Milne Bay, Neuirland, Morobe, Ost- und West-Neubritannien, Central Provinz u.a.. In Lae unterhält sie ein Bildungszentrum für Fernschü-

ler (CODE) sowie einheimischsprachige Vorschulen in allen Provinzen (außer Port Moresby). Im Abstand von jeweils zwei Jahren werden junge Anhänger der Religionsgemeinschaft zur Fortbildung nach Samoa, Fidschi oder Haifa (Israel) geschickt. In Haifa befindet sich die Welt-Zentrale der Baha'i. (Wantok 05.04.01)

AUS DER KATHOLISCHEN KIRCHE

Aus der Jahresversammlung der Katholischen Bischofskonferenz

Im Anschluss an die alljährlich stattfindende Konferenz der Katholischen Bischöfe von PNG und den Salomonen äußerte sich der Vorsitzende, Bischof Stephen Reichert, zu wichtigen Themen, mit denen sich die Kirchenführer beschäftigt hatten.

Nachdem eine Bande in Mandang Polizisten angegriffen hatte und dabei zwei Beamte schwer verletzt wurden, forderte Bischof Reichert die Bevölkerung auf, mit der Polizei und den Organen der Rechtsprechung zusammenzuarbeiten. Im Hinblick auf die heranwachsende Generation sei es wichtig, dass die Erwachsenen ihre eigenen Wertvorstellungen überprüften. „Wollen denn die Eltern, dass ihre Kinder solche Leute nachahmen? Ist es rechtens, Diebesgut anzunehmen?“, fragte der Bischof öffentlich und wandte sich damit gegen jede Form der Hehlerei. (PC Online 10.05.01)

Die Katholische Bischofskonferenz hat die Regierung von PNG, die Privatwirtschaft und die Gewerkschaften dringend aufgefordert, über die Anpassung der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlöhne zu

verhandeln. Das Kabinett, so die Bischöfe, müsse sicherstellen, dass niemand im Land in Armut lebt, während einige wenige Reiche Gehälter bezögen, die in keinem Verhältnis zu ihrem Beitrag für das Land stünden. *„Es ist uns klar, dass eine beträchtliche Erhöhung notwendig ist, um es den in einfachen Verhältnissen lebenden Familien zu ermöglichen, etwas für die Schulbildung und die Gesundheit ihrer Kinder auszugeben. ... Alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen müssen im Hinblick auf die schwächsten Glieder der Gesellschaft getroffen werden. Wir sind uns in besonderem Maße der Tatsache bewusst, dass es einen Konflikt zwischen der Realität der Wirtschaft und den Rechten der Bevölkerung gibt.“* Die Stellungnahme der katholischen Bischöfe schließt mit dem Hinweis auf das Neue Testament, wo es bei Jakobus heißt: *„Siehe, der Lohn der Arbeiter, die euer Land abgeerntet haben, den ihr ihnen vorenthalten habt, der schreit, und das Rufen der Schnitter ist gekommen vor die Ohren des Herrn Zebaoth.“* (Jak. 4,5).

Mitte 2000 waren die Verhandlungen über die Neufestlegung der Mindestlöhne ins Stocken geraten, als die Regierung den Vorschlag der Kommission für eine untere Grenze von 32 Kina pro Woche ablehnte. Die von der Regierung eingeschaltete Vermittlungsinstanz wird von den Gewerkschaften nicht anerkannt. Unterdessen war jedoch bekannt geworden, dass die Kommission für Gehälter und Aufwandsentschädigungen den Parlamentsabgeordneten, den Richtern und anderen hohen Beamten erhebliche Erhöhungen zugesprochen hatte. Die katholischen Bischöfe plädierten nun „im Interesse der Nation“ dafür, eher dem Geist der Gesetze

von PNG entsprechend zu handeln und eine Regelung zu treffen statt aus taktischen Erwägungen heraus die Lösung des Problems zu verschieben. (*Independent 10.05.01, National Online 08.05.01*)

Für großzügige Geld- und Sachspenden für die in Lagern lebenden Flüchtlinge aus Westpapua bedankten sich die Katholischen Bischöfe bei den anderen Mitgliedern des ökumenischen Rats der Kirchen von PNG (PNGCC). Sie lobten auch die öffentlichen Stellungnahmen des Primats der Anglikaner und des Leitenden Bischofs der Lutheraner, die auf die Situation der Flüchtlinge aufmerksam gemacht hatten. (*National Online 10.05.01*)

Die Bischofskonferenz stand unter dem Leitgedanken: „Jugend auf Seinem Weg“. Gleichzeitig fand ein öffentliches Forum der Jugend in der Young Christians Hall in Goroka statt, an dem rund 3.000 Jugendliche teilnahmen. Nach den Begegnungen zwischen der Jugend und den Bischöfen wurden bischöfliche Stellungnahmen zur Frage von HIV und AIDS und zum Problem der Korruption im Land veröffentlicht.

In einem offenen Brief wandten sich die 31 Würdenträger am Ende ihrer Jahreskonferenz in Goroka an den Premierminister des Landes und machten auf die Gefahren aufmerksam, die die Jugend von heute bedrohten. Diese mit ca. 50 % größte Gruppe der Bevölkerung hätte eine bedeutsame Rolle beim Aufbau der Nation spielen können. Stattdessen seien die Jugendlichen weitgehend desillusioniert. Sie hätten ihre Hoffnung aufgegeben und suchten Trost bei Drogen und Alkohol. (*National Online 03.05.01*)

SDA senden weltweit aus Port Moresby

Vom 6. bis 21. Juli werden die Siebenten-Tags-Adventisten die 10. „Crusade of Acts 2000“ (etwa: „Kreuzzug der Apostelgeschichte 2000“) an 16 Abenden von Port Moresby aus weltweit ausstrahlen. Die TV-Evangelisation wird schätzungsweise 11 Millionen Menschen erreichen und kostet über 1,5 Mio. Kina. In PNG sollen dafür rund 700.000 Kina aufgebracht werden. In diesem Betrag sind auch die Kosten für die notwendige Renovierung des Sir-John-Guise-Stadions in Port Moresby in Höhe von 100.000 Kina enthalten. Wie Kila Wari, der Vorsitzende des Vorbereitungsausschusses mitteilte, wolle man nicht auf die Zuschüsse der Staatsregierung warten, die eigentlich für die Erhaltung des Stadions zuständig sei. Die Renovierung der großen Tribüne sei besonders wichtig, weil die Veranstalter mit täglich 100.000 Besuchern aus allen Teilen des Landes rechnen. An verschiedenen Orten des Landes werden Empfangsstationen eingerichtet, damit das Programm auch außerhalb des Stadions von der Bevölkerung gesehen werden kann. (*PC Online 07.05.01, National Online 03.05.01*)

Nazarener Krankenhaus Kudjip droht Schließung

Weil weder Staats- noch Provinzbehörden rechtzeitig die Zuschüsse für das im bevölkerungsreichen Waghi-Tal (Westliches Hochland) gelegene Krankenhaus der Kirche des Nazareners überweisen, droht dem für seine gute Arbeit bekannten Krankenhaus ab dem 17. Mai die Schließung. Wenn die Barmittel nicht eintreffen, werden auch das Kolleg für Krankenpflege sowie die vom

Krankenhaus versorgten Gesundheitseinrichtungen in der Region in Mitleidenschaft gezogen, so ein Sprecher der Krankenhausverwaltung in einem kürzlich veröffentlichten Rundschreiben. Neben dem Krankenhaus der Nazarener gibt es in der Provinz Western Highlands noch ein zweites Krankenhaus, Tinsley Hospital, es befindet sich im Baiyer-Tal und wird von den Baptisten betrieben. Die Provinzverwaltung ist derzeit außer Stande, Zuschüsse zu zahlen, weil sie selbst für das erste Quartal keine Überweisungen von der zuständigen Landesbehörde erhalten hat. (*National Online 01.05.01*)

Bald neuer christlicher Rundfunksender

Die PNG Bible Church wird in Zusammenarbeit mit der Evangelical Bible Mission und dem New Life Radio of Atlanta (USA) eine landesweit hörbare Rundfunkstation mit dem Namen PNG Christian Broadcasting Network (PNGCBN) einrichten. Die Lizenz dazu ist kürzlich erteilt worden. Die Sendeanlage wird im September aufgebaut. Ab 2002 sollen dann Sendungen von Port Moresby ausgestrahlt werden. Der Sender wird in allen größeren Städten auf UKW zu hören sein. Neben Programmen mit religiösen Inhalten wird der Sender auch einen Nachrichtendienst, Bildungsprogramme zu den Themen Gesundheit, Landwirtschaft und anderes anbieten. Die vom Sender vertretene theologische Position ist nicht konfessionell gebunden, aber einer ‚gesunden evangelikal und biblischen Doktrin verpflichtet, auf höchstem professionellen und ethischen Niveau‘. Der Sender wendet sich an die allgemeine Öffentlichkeit mit einem deutli-

chen Schwerpunkt im Bereich Kinder und Jugendliche. Deren geistliche und moralische Entwicklung soll besonders gefördert werden. Dazu wird es auch ‚viele Stunden Musik mit guten Lobpreis-Liedern und Gottesdienstgesängen geben‘. (*Independent 12.04.01*)

Aus für TWR-Sendungen in Tok Pisin

Mit dem Beginn des Sommer-sendeplans am 25. März [2001] hat Trans World Radio Pacific seine Kurzwellensendungen in Tok Pisin für Papua-Neuguinea unterbrochen. Wie Jeff LeCureux auf Nachfrage mitteilte, hofft man, mit Sendungen binnen einen Jahres wieder zu beginnen. Gründe für die Unterbrechung nannte er nicht.

Trans World Radio hatte vor zwei Jahren am 29. März 1999 eine 30-minütige „Bible School of the Air“ in Tok Pisin eingeführt und das in Australien produzierte Programm seither montags bis freitags auf Kurzwelle für Papua-Neuguinea ausgestrahlt. Die evangelikale Radiomission war mit ihrer Radio-Bibelschule neben Radio Australia die einzige internationale Station, die in Tok Pisin sendete. Die TWR-Sendungen kosteten 1999 78.000 australische Dollar, davon 45.400 Dollar an reinen Sendezeitkosten. (*Hansjörg Biener 21.03.01*)

AUS ANDEREN LÄNDERN

AUSTRALIEN

Erzbischof von Brisbane wird neuer Generalgouverneur

Der anglikanische Erzbischof von Brisbane, Peter Hollingworth, ist vom Premierminister

John Howard zum neuen Generalgouverneur ernannt worden. Er wird am 29. Juni vereidigt und tritt die Nachfolge von Sir William Deane an.

Der Generalgouverneur ist seit der Schaffung der australischen Föderation vor hundert Jahren der Vertreter des eigentlichen Staatsoberhauptes, der Krone von England. Er wird jedoch vom Regierungschef bestimmt und von der Krone lediglich bestätigt. Im Lande selbst gilt der Generalgouverneur als das faktische Staatsoberhaupt.

Der 66-jährige Erzbischof Hollingworth ist seit 1960 mit einer Physiotherapeutin verheiratet und hat drei Töchter und drei Enkel. Er war 1987 zum Vater des Jahres, 1992 zum Australier des Jahres und 1997 zu einem der «100 lebenden nationalen Schätze» des Landes gewählt worden. (*Neue Zürcher Zeitung, The Australian, Sydney Morning Herald 03.05.01*)

VON PERSONEN

Rev. Dr. Dean Zweck, der Vorsitzende des Ausschusses für kirchliche Zusammenarbeit und Weltmission der Lutherischen Kirche von Australien, erhielt einen Lehrauftrag am Luther-Seminar in Adelaide. Im dritten Trimester 2001 wird er außerdem als Gastdozent am Senior-Flierl-Seminar Logaweng in PNG unterrichten.

Im Rahmen des Freiwilligen-Programms der Lutherischen Kirche von Australien (Volunteers in Mission Overseas M-MOs) befinden sich zur Zeit fünf Kurzzeitmitarbeitende in PNG und Südostasien: Rev. Cecil Logan am Martin-Luther-Seminar in Lae (PNG), Ms. Lois Bock, im Waisenhaus Mamre (Indonesien), Ms. Emi-

lie Traeger, im Haus Bethanien (Malaysia) und David und Ruth Craig in Pematangsiantar (Indonesien, Ausreise später im Jahr 2001). (*Mission Panorama April 2001*)

COOK-INSELN

ÖRK-Besuch beleuchtet Kirche und Gesellschaft

Im Rahmen seiner Visitationsreisen zu den Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) hat Generalsekretär Pfr. Dr. Konrad Raiser mit einer Delegation aus Genf Ende März auch den Cook-Inseln einen Besuch abgestattet. Weitere Stationen seiner Reise waren Samoa, Amerikanisch-Samoa und Tahiti. In seinen Gesprächen mit dem Staatsminister und mit dem Beirat für religiöse Angelegenheiten kamen Themen wie Gewalt in der Familie, die Auswirkungen der Globalisierung auf die Bevölkerung der Cook-Inseln und der Transport atomaren Abfalls durch die Gewässer des Südpazifik zur Sprache. Kontrovers werde zur Zeit die Arbeitsruhe an Sonntagen zwischen Kirchen und Regierung diskutiert. Dankbar wurde erwähnt, dass mit der Unterstützung des ÖRK die Frauen mit dem Erlös selbst hergestellter Bindebatik- und Kokosfaser-Produkte Pfarrer und ihre Familien unterstützen können, die zum Dienst unter den in Neuseeland und Australien lebenden Cook-Insulanern entsandt wurden. (ÖRK 29.03.01, *Independent* 12.04.01)

Wahl mit Konsequenzen

Tungane Williams war von ihrer Kirche, der Christlichen Kirche der Cook-Inseln (CICC), ausgewählt worden, die Jugend und die Frauen der südpazifischen Region bei der Vollver-

sammlung des ÖRK 1991 in Canberra zu vertreten. Dort wurde sie überraschend zum Mitglied des Zentralausschusses des Weltrats der Kirchen (ÖRK) ernannt, das Gremium, das zwischen den Vollversammlungen alle notwendigen Entscheidungen für die weltweite Kirchengemeinschaft trifft. In ihrer Heimatkirche dagegen hat sie weder Sitz noch Stimme, denn dort werden Frauen nicht zum Geistlichen Amt ordiniert. Sie können deshalb auch keine Führungspositionen innehaben. Erst auf persönliche Intervention von Emilio Castro, dem damaligen Generalsekretär des ÖRK, und John Doom, dem Sekretär für den Südpazifik beim ÖRK, wurde Tungane Williams 1992 die Erlaubnis erteilt, an Sitzungen des Exekutivausschusses ihrer eigenen Kirche teilzunehmen. Inzwischen ist sie als inoffizielle Führungsperson in ihrer Kirche anerkannt. So hat sie hier vertretungsweise den Bericht des Generalsekretärs des ÖRK vorgetragen. Auch sonst vertritt sie den ÖRK in ihrer Heimatkirche. Im Rahmen von OIKOSNET, der weltweiten Verbindung von 100 Instituten, Netzwerken und Akademikern, die die Qualifikation von Laien für Führungsaufgaben in den Kirchen fördert, wird sie Mitglied eines vierköpfigen Ausschusses im Pazifik sein, der entsprechende Fortbildungskurse für Frauen entwirft. Auf diese Aufgabe wird sie sich vier Wochen lang in Indonesien vorbereiten. Nach Ansicht des ÖRK ist die Rolle der Frauen und Männer im Laienstand gerade in Gesellschaften kulturellen Umbruchs wichtig: hier können sie den Graben zwischen den Menschen an der Basis überbrücken helfen, zwischen denen, die die Traditionen wahren wollen, und denen, die die ihrer Meinung nach überholten Traditionen verändern wollen. (*Independent* 10.05.01)

FIDSCHI

Das Pacific Theological College (PTC) in Fidschi hat jetzt eine eigene Website: www.geocities.com/ptchome/ (Eigene Meldung 30.03.01)

FRANZÖSISCH-POLYNESIEN

Dekade zur Überwindung von Gewalt eröffnet

Am 28. März begingen rund 3.000 Teilnehmende aus den Gemeinden der Evangelischen Kirche von Französisch Polynesien und Mitglieder der Katholischen Frauenliga mit einer Großveranstaltung im Fußballstadion von Tahiti den Anfang der vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) ausgerufenen „Dekade zur Überwindung von Gewalt“. In Anwesenheit des ÖRK-Generalsekretärs Dr. Konrad Raiser zeigten Hunderte von Mitwirkenden in szenischen Darstellungen, aber auch durch Musikdarbietungen und Tänze, dass sie Gewalt in den Familien und die Zerstörung der Umwelt ablehnten. Raiser, der seine Südpazifik-Reise hier beendete, forderte in einem Gespräch mit dem Vertreter der Katholischen Kirche im Land, dass die beiden Großkirchen gemeinsam für die Wahrung der Werte Tahitis angesichts des Konsumdrucks eintreten müssten. Raiser sprach außerdem mit hohen evangelischen Kirchenführern sowie mit dem Hohen Kommissar für Frankreich, Jean Aribaud, und mit Oscar Demar, dem Führer der Unabhängigkeitsbewegung des Landes. Die Bedeutung der Kirche bei der Bewahrung der einheimischen Kultur wurde besonders am Beispiel einheimischsprachiger Schulen der Kirchengemeinden hervorgeho-

ben. Hier würde auch kulturelles Selbstbewusstsein entwickelt, so eine Sprecherin der Evangelischen Kirche. (ÖRK 03.04.01)

SAMOA

ÖRK-Besuch in beiden Teilen Samoas

Die gemeinsame Sorge wegen des weltweiten Treibhauseffekts und des Transports gefährlichen Kernspaltungsmaterials stand im Mittelpunkt des Gesprächs zwischen ÖRK-Generalsekretär Dr. Konrad Raiser und dem erst kürzlich wiedergewählten Premierminister von Samoa, Tuilaepa Sailele. Als Vertreter der Methodistischen Kirche von Samoa sprach Rev. Faatoese Auvaa gegenüber der Delegation aus Genf über die vier wichtigsten Bereiche, die im Land zu Besorgnis Anlass gäben: Korruption auf höchster Regierungsebene, die Situation des Bildungssystems, die Spätauswirkungen der Atomwaffenversuche und das Eindringen neuer religiöser Bewegungen in der Region. Mit seinem Besuch bei theologischen Ausbildungsstätten in Samoa und in Amerikanisch Samoa betonte der Generalsekretär auch die Bedeutung ökumenisch orientierter Ausbildung für die Zukunft der Gemeinschaft der Kirchen im Süd-Pazifik. Bei seiner Ankunft in Amerikanisch Samoa wurden Dr. Raiser und seine Begleitung vom Gouverneur des Landes, Tauese Pita Sunia begrüßt, der gleichzeitig der Vorsitzende des Nationalrats der Kirchen von Amerikanisch Samoa und der Kongregationalistischen Christlichen Kirche ist. (ÖRK 27.03.01)

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Kompensation für Bikini kann nicht bezahlt werden

Den Einwohnern des Bikini Atolls wurden vom amerikanischen „Nuclear Claims Tribunal“ (Tribunal für die Ansprüche der von Atomtests betroffenen Menschen) 563 Millionen US Dollar (ca. 1,2 Milliarden DM) Entschädigungszahlungen zugesprochen. Diese Summe ist Bestandteil eines umfangreichen „Kompensationspaketes“, das die USA den Marshall-Inseln zugesagt hat.

In den 40er und 50er Jahren hatten die Amerikaner 67 Atomwaffentests auf den Marshall-Inseln durchgeführt, davon allein 23 auf dem Bikini Atoll. 1946 wurde die Bevölkerung von Bikini von der US Navy (Marine) auf die Insel Kili zwangsevakuert.

Die Entschädigungszahlung solle den Verlust von Land und Heimat wiedergutmachen und die Sorgen und Nöte der Einheimischen lindern, so der Urteilsspruch des Tribunals. Ein Großteil des Geldes soll im nachhinein für die Aufräum- und Säuberungsarbeiten auf Bikini verwendet werden.

Die Auszahlung der Gelder bleibt jedoch utopisch, da das Tribunal nur über finanzielle Mittel in Höhe von 45 Millionen US Dollar verfügte und diese bereits zur Entschädigung von Einzelklägern ausgegeben wurden. (pacnews 26.03.01)

Saipan wieder sauber

Die Säuberung der Insel Saipan auf den nördlichen Marianen ist beinahe abgeschlossen. Bereits seit Jahren sind Techniker einer amerikanischen Spezialeinheit mit den Reinigungsarbeiten auf der stark verseuchten Insel beschäftigt. Auf insgesamt vier ehemaligen Militärstützpunkten der Amerikaner aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges wurden polychlorierte Biphenyle (PCB) entdeckt. Es handelt sich hierbei um giftige, Krebs erregende chemische Verbindungen.

Die Aufräumarbeiten befinden sich zur Zeit in der vorletzten von vier Phasen. Der PCB-haltige Erdboden wird abgetragen und in speziellen Behältern auf Schiffen abtransportiert. Wo die giftigen Stoffe gelagert werden sollen, ist unklar. Inzwischen haben Vertreter des amerikanischen Umweltschutzprogramms (Environmental Protection Agency, EPA) bei einem Kontrollgang auf Saipan noch weitere Lagerstätten mit PCB entdeckt. Die an 50 Stellen im Dorf Tanapag entnommenen Proben lägen jedoch weit unter dem Risikowert, erklärte EPA. Nach Angaben eines Offiziellen wurde die Bevölkerung durch die Aufräum- und Säuberungsarbeiten nicht in Mitleidenschaft gezogen. Eine Evakuierung oder gar Umsiedlung der Einheimischen, die nahe der verlassenen Militärcamps leben, sei nicht nötig, hieß es weiter. (pacnews 11.04.01, PIR 15.05.01)

Gegen Entsorgung von Reststoffen im Pazifik

Die Endlagerung giftiger Reststoffe aus Bergbaubetrieben in den Tiefengewässern des Pazifiks ist abzulehnen. Darüber herrschte Einigkeit bei Vertre-

tern von Nichtregierungsorganisationen (NRO), offiziellen Regierungsrepräsentanten, Wissenschaftlern und betroffenen Gemeindemitgliedern aus der asiatisch-pazifischen Region, Nordamerika und Großbritannien.

Die Teilnehmer an der asiatisch-pazifischen Konferenz im indonesischen Manado kritisierten die Lagerung giftiger Reststoffe aus Minenbetrieben im Pazifik. Die als „submarine tailings disposal“ bekannte Methode der Unterwasserlagerung von Abfallstoffen führt nachweislich zu schweren Umweltschäden in der Unterwasserflora und -fauna und schädigt die von der Meereswirtschaft abhängigen Anwohner dieser Lagerungsstätten. Aus gesundheitlichen Gründen dürfen amerikanische Firmen ihre Reststoffe nicht im Meer endlagern. Es sei mehr als zynisch, wenn diese Firmen nun Minen in der asiatisch-pazifischen Region betreiben und dort ohne Bedenken alles ins Meer kippen, sagte Shanna Langdon von „Project Underground“, einer amerikanischen Nichtregierungsorganisation. Beispiele aus Papua-Neuguinea und Indonesien belegten die Schädlichkeit dieser Abfallentsorgung, erklärte Igor O'Neill vom Mineral Policy Institute aus Sydney. Die Minenbetreiber hätten bisher nicht die von ihnen propagierte Unschädlichkeit der Ablagerungen wissenschaftlich nachweisen können.

Die Konferenzteilnehmer verabschiedeten eine Erklärung, in der sie das weltweite Verbot von „submarine tailings disposal“ fordern und die Mininggesellschaften auffordern, die volle Haftung für Umwelt- und Sozialschäden bei Küstengemeinschaften zu übernehmen. (PINA Nius online 04.05.01)

Indonesien neuer Dialogpartner

Das Forum der pazifischen Inseln (Pacific Islands Forum) hat Indonesien als Dialogpartner aufgenommen. Diese Entscheidung gab der amtierende Vorsitzende Teburoro Tito, Präsident von Kiribati, Anfang Mai bekannt. Damit kann eine indonesische Delegation an der Nachbesprechung des Treffens der Forums-Länder Ende August teilnehmen.

Die Unabhängigkeitsbewegung in Westpapua hat diese Entscheidung begrüßt. Franzalbert Joku, Sprecher der Papuas für internationale Beziehungen, sagte, mit Indonesien als Dialogpartner des Forums könne vielleicht doch eine friedliche Lösung für die Unabhängigkeitsbestrebungen gefunden werden.

Das 32. Treffen des Forums findet vom 15. bis zum 22. August in Nauru statt. Dazu werden Vertreter aller 16 Mitgliedsländer erwartet. Im Forum haben sich 1971 die Oberhäupter aller unabhängigen, sich selbst regierenden pazifischen Länder sowie Vertreter von Australien und Neuseeland zusammengeschlossen. Ziel ist der Informationsaustausch und die Kooperation im politischen und ökonomischen Sektor. An den alljährlichen Treffen nehmen außerdem Vertreter von Hilfsorganisationen teil, um die weitere finanzielle und politische Unterstützung der Forums-Länder zu diskutieren. (pacnews 11.04.01, The Australian 28.04.01, Radio Australia 3.05.01)

Dengue-Fieber verbreitet sich

Das bereits im Januar in Französisch-Polynesien ausgebrochene Dengue-Fieber hat nun

auch das Tuamotu Archipel östlich von Tahiti erreicht. Die Epidemie war Anfang des Jahres auf Bora Bora ausgebrochen und hatte sich von dort über Tahiti und Moorea verbreitet. Die Gesundheitsbehörden gehen von 3.200 Fällen von Dengue-Fieber in der Region aus. Bei 385 der Erkrankten konnten die Erreger im Blut nachgewiesen werden, 72 Menschen wurden in Krankenhäuser eingewiesen.

Das Dengue-Fieber wird durch Viren verursacht. Das „klassische Dengue“ ist eine kurzdauernde, selbstlimitierende, fieberhafte Erkrankung mit starken Muskel- und Gelenkschmerzen. Ernste Verlaufsformen, die zur Blutungsneigung und zum Dengue-Schocksyndrom führen können, werden bei wiederholter Infektion beobachtet und betreffen in den meisten Fällen die einheimische Bevölkerung, selten jedoch den Reisenden. Die Gesamtzahl der jährlichen Erkrankungen wird auf 30 bis 60 Millionen geschätzt. Das Dengue-Fieber wird durch Stechmücken übertragen, eine Prophylaxe durch Impfung ist bisher noch nicht möglich. (pacnews 17.05.01, fit for travel online)

Von Wallis und Futuna nach Fidschi

Die holländische Schiffsbaufirma Damen hat den Vertrag zum Bau einer Fähre zwischen dem französischen Überseegebiet Wallis und Futuna und der Republik Fidschi unterzeichnet. Damit gewann Damen den Wettbewerb mit dem neukaledonischen Schiffsbetrieb Heros. Heros scheiterte, weil keine Bank einen Kredit zum Bau des 4,7 Millionen US Dollar (ca. 10 Mio. DM) teuren Passagierschiffes gewähren wollte. 38 % der Summe wer-

den von privaten Investoren aufgebracht, die anderen 62 % sind ein Darlehen niederländischer Banken.

Das geplante 50-Meter Schiff soll Ende 2002 vom Stapel laufen. Bei seiner wöchentlichen Fahrt zwischen den Inseln soll die Fähre 50 Passagiere und 500 Tonnen Fracht transportieren. (PIR 16.05.01)

Herzkongress in Französisch-Polynesien

Der zweite südpazifische Herzkongress findet vom 28. bis zum 30. Mai in Pape'ete, Hauptstadt von Französisch-Polynesien, statt. Zu dem Kongress werden 400 Herzspezialisten aus der ganzen Welt erwartet. Aus dem Pazifik reisen die Chefkardiologen der staatlichen Krankenhäuser von Tonga, Samoa, Fidschi, Wallis und Futuna und den Cook-Inseln an. Thema des dreitägigen Treffens im Hotel Meridien ist der Einfluss von rheumatischem Fieber auf das Herz. (PIR 16.05.01)

WESTPAPUA UND OSTTIMOR

Mama Yosepha ausgezeichnet

Für ihren über 20-jährigen Kampf gegen den umweltzerstörenden Betrieb der Freeport Mine in Westpapua wurde die Papua Yosepha Alomang Ende April in San Francisco mit dem Goldman-Umweltpreis ausgezeichnet.

Die 50-jährige Alomang, besser bekannt unter ihrem Spitznamen „Mama Yosepha“, gilt als

herausragende Führungspersonlichkeit bei den Amungme. Die Amungme leben auf dem Gebiet der Goldmine des amerikanischen Betreibers Freeport McMoran Copper & Gold. Unter indonesischer Herrschaft verloren sie die Kontrolle über ihr traditionelles Land und seine Ressourcen. Die Amungme müssen zusehen, wie ein ihnen heiliger Berg abgetragen wird, die tropischen Regenwälder zum Bau von Infrastruktur gerodet werden und täglich 200.000 Tonnen giftige Rückstände aus der Mine ihre Flüsse vergiften.

Für ihren mutigen Einsatz zum Schutz der Umwelt wurde Alomang bereits mehrfach vom indonesischen Militär verhaftet, verhört und gefoltert.

Der Goldman Umweltschutzpreis, im Volksmund auch „Grüner Nobelpreis“, wird jährlich in sechs geographischen Kategorien an „grassroot“-Umweltaktivisten vergeben und gilt weltweit als wichtigster Preis für Umweltschützer. Die Preisträger erhalten ein Preisgeld in Höhe von 150.000 US Dollar (300.000 DM) zur Weiterführung ihrer Arbeit. (taz 25.4.01, Langum Mitchell Communications 23.4.01)

HAMAK lehnt Freeport-Geld ab

Die im vorigen Jahr von Yosepha Alomang gegründete Frauen- und Kinderorganisation HAMAK (Human Rights against Violence) hat von der Minenbetreiberfirma Freeport McMoran 248.000 US Dollar (ca. 0,5 Millionen DM) angeboten bekommen. Das Geld sollte zur Bewahrung der Menschenrechte im Gebiet der Mine genutzt werden, hier vor allem für die Arbeit mit Frauen und Kindern, die unter der Gewalt des indonesischen Militärpersonals

zu leiden hätten, erklärte Richter Gabrielle Kirk McDonald. Die Richterin, Vorstandsmitglied bei Freeport und international anerkannte Menschenrechtsexpertin, hatte Yosepha Alomang von der beabsichtigten Zahlung in Kenntnis gesetzt.

Sowohl Alomang als auch John Rumbiak, Mitarbeiter der indonesischen Menschenrechtsorganisation ELSHAM und Vorstandsmitglied bei HAMAK, zeigten sich empört über den geplanten „Freikauf“ des Minenbetreibers. Sie lehnten die Annahme des Geldes kategorisch ab.

HAMAK setzt sich für die Bewahrung der Menschenrechte, den Erhalt der Umwelt und die kulturellen Traditionen der Gruppe der Amungme in der Timika-Region von Westpapua ein. (Business wire 20.04.01, Joyo Indonesian News 07.05.01)

MoU unterzeichnet

Mitte März unterzeichneten Vertreter ausländischer Firmen, Repräsentanten der indonesischen Regierung und internationale Umweltschutzorganisationen ein sogenanntes „Memorandum of understanding“ (MoU, Übereinkunft) zur Verbesserung des Umweltschutzes in Westpapua.

Initiatoren und Unterzeichner des Abkommens sind das Bergbauunternehmen Freeport Indonesia, der Ölmulti British Petroleum (BP), die forstwirtschaftlichen Verbände Indonesiens, das Institut für Wissenschaft und Technologie in Jayapura, der Umweltschutzbund WWF sowie die amerikanische Hilfsorganisation US AID.

Das MoU sieht einen besseren Informationsfluss zwischen den beteiligten Unternehmen vor. Es enthält des Weiteren Vor-

schläge, wie die einheimische Bevölkerung besser in Entscheidungsprozesse über Umweltfragen miteinbezogen werden kann. (*Jakarta Post 08.03.01, Jowo Indonesien News 10.03.01*)

Gusmao tritt zurück

Der osttimoresische Freiheitskämpfer José Alexandre Gusmao („Xanana“) ist als Präsident des Übergangsparlamentes zurückgetreten. Sein Rücktritt erfolgte auf eine umstrittene Entscheidung des von den Vereinten Nationen eingesetzten Nationalrates, der sich gegen eine Volksbefragung zur geplanten Verfassung ausgesprochen hatte. Gusmao erklärte, er werde auch nicht bei den ersten freien Wahlen in diesem Jahr kandidieren. Bereits vor seinem Rücktritt hatte er bekanntgegeben, er sei nur Freiheitskämpfer gewesen und fühle sich nicht zum Politiker berufen.

Der 54-jährige Gusmao hatte als einer der wenigen Guerillaführer die 25-jährige Besetzung Osttimors durch Indonesien in einem Dschungelversteck überlebt und später sieben Jahre in indonesischen Gefängnissen verbracht.

Am 30. August, also genau zwei Jahre nach dem von den Vereinten Nationen initiierten Unabhängigkeitsreferendum, finden Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung statt. Nach der Verabschiedung eines Grundgesetzes soll die Präsidentschaftswahl stattfinden, so dass Osttimor noch 2001 seine Unabhängigkeit erlangen könnte. Die Öffentlichkeit sah in Gusmao bereits den ersten Präsidenten eines unabhängigen Osttimors. (*epd 30.3.01, VEM 5/01*)

Osttimor: Tetun TV auf Sendung

Seit dem 1. März sendet der einzige Fernsehsender Osttimors TV-TL Teile seines Programms in Tetun, der Hauptsprache der ehemaligen portugiesischen Kolonie. Tetun TV war im Mai 2000 von den Vereinten Nationen (UN) als Hilfsprojekt gegründet worden. 14 Timoresen und drei Mitarbeiter der UN begannen jetzt mit der täglichen Ausstrahlung von tetunsprachigen Beiträgen. Große Teile des Programms werden vor Ort produziert, den Rest liefert das portugiesische staatliche Fernsehen oder die britische BBC.

Portugiesisch war als Amtssprache nach dem Referendum zur Unabhängigkeit 1999 unter starken Protesten aus der Bevölkerung eingeführt worden. Die ländliche Bevölkerung Osttimors spricht mehrheitlich Tetun und zeigte sich begeistert von dem neuen Fernsehprogramm. (*pmw 31.3.01*)

SALOMONEN

Gold Ridge-Mine vor Wiedereröffnung

Die von der australischen Delta Gold betriebene Gold Ridge-Mine bei Honiara/Guadalcanal soll möglichst bald wiedereröffnet werden. Ein Vertreter des Minenkonzerns wird Ende Mai zu Gesprächen nach Honiara reisen, um dort mit traditionellen Landeignern und Regierungsvertretern der Salomonen zu verhandeln. Der Sekretär im Bergbauministerium, George Lilo, sagte, man werde gemeinsam eine Versöhnungsze-

remonie durchführen, so dass der Aufnahme des Minenbetriebes nichts mehr im Wege stünde. Die größte Goldmine der Salomonen war nach dem Putsch in Honiara im Juni vergangenen Jahres geschlossen worden, die Produktion kam komplett zum Stillstand.

Die Wiedereröffnung kostete 25 Millionen AUS Dollar (ca. 29,5 Mio. DM), das könne sich Delta Gold leisten, sagte Generaldirektor Terry Burgess. Man müsse jedoch bedenken, dass die Mine nicht besonders reich an Goldvorkommen sei, die Kosten-Nutzen-Rechnung müsse aufgehen, erklärte Burgess weiter.

Die Schließung der Mine hatte u.a. zum wirtschaftlichen Niedergang der Inseln geführt. So sanken die Exporteinnahmen von 150 Millionen US Dollar im Jahr 1999 auf nur 69 Millionen US Dollar im Jahr 2000. Der Minister für Planung und Entwicklung, Michael Mania, sagte, die Hälfte der Importeinnahmen würde inzwischen von ausländischen Hilfsorganisationen finanziert. Zudem käme 90 % des Budgets für die Entwicklung des Landes von ausländischen Gebern, beklagte Mania. (*PIR 04.05., 11.05., 21.05.01, Radio Australia 21.05.01*)

VANUATU

Neuer Premier auf Vanuatu

Mit der überwältigenden Mehrheit von 27 zu einer Stimme ist Oppositionsführer Edward Natapei zum neuen Premierminister von Vanuatu gewählt worden. Der Wahl voraus gegang-

gen war ein erfolgreiches Misstrauensvotum gegen Premierminister Barak Tame Sope, gegen den das Votum wegen der Veruntreuung staatlicher Gelder vor dem Parlament eingebracht worden war. Vanuatu galt unter der Regierung von Barak Sope als eines der pazifischen Länder, deren Finanzaktivitäten in enger Beziehung zur russischen Mafiaszene und zum organisierten Verbrechen standen. Edward Natapei versprach die Aufklärung der Finanzaffären und eine genaue Untersuchung der Beziehung zwischen Vanuatu und Russland.

Natapei blickt auf eine lange Karriere als Politiker zurück. Er war Außenminister unter der Regierung von Pater Walter Lini, Sprecher im Parlament und anschließend Oppositionsführer. (*pacnews 16.04.01*)

Biodiversität bewahren

Bei einem u.a. vom WWF (World Wide Fund for Nature) organisierten workshop zu Biopiraterie und Ausbeutung genetischer Ressourcen in der Hauptstadt Port Vila erklärte Umweltminister Ernest Bani, Vanuatu werde die gesetzlichen Bestimmungen in diesen Bereichen verschärfen. Das augenblicklich zu überarbeitende Umweltschutzgesetz werde einen speziellen Paragraphen zu Biopiraterie enthalten. Die Biodiversität des Landes mit seinen spezifischen Ressourcen solle bewahrt werden. Ein Verkauf biologischer und genetischer Ressourcen an ausländische Firmen käme nicht in Frage, versicherte Bani. Man müsse in der vanuatianischen Öffentlichkeit Bewusstsein schaffen für die Bedeutung dieser Ressourcen. (*PIR 07.05.01*)

FIDSCHI

Entscheidungen

Am 1. März fällte ein aus fünf Richtern bestehendes Berufungsgericht die Entscheidung über die rechtliche Situation der Republik Fidschi. Die Richter stellten fest:

1) Die Verfassung von 1997 bleibt oberstes Gesetz in Fidschi. Sie wurde während des Regierungsputsches im Mai 2000 unrechtmäßig außer Kraft gesetzt.

2) Das Parlament wurde nicht aufgelöst. Es wurde am 27. Mai 2000 für sechs Monate vertagt.

3) Das Amt des Präsidenten wurde mit dem Rücktritt von Sir Kamisese Mara zum 15. Dezember 2000 frei. Drei Monate lang können die Pflichten des Präsidenten vom Vizepräsidenten Josefa Iloilo übernommen werden.

Die Richter bestätigten somit die bereits im November 2000 von Richter Anthony Gates getroffene Entscheidung zur Klage des indischstämmigen Chandrika Prasad auf Verletzung seiner Menschenrechte.

Inzwischen hat der Rat der Ältesten (Great Council of Chiefs) zu der Entscheidung des Gerichts Stellung genommen.

1) Die Verfassung von 1997 ist vorbehaltlos gültig.

2) Zum 15. März wurde Josefa Iloilo als Präsident von Fidschi bestätigt. Jope Seniloli ist Vizepräsident.

3) Das Parlament soll aufgelöst werden, Neuwahlen sollen im August stattfinden.

4) Der Präsident soll bis zu den Wahlen eine Übergangsregierung benennen.

5) Die Kommission zur Überarbeitung der Verfassung soll fortbestehen.

Laisenia Quarase wurde als Interims-Premierminister in seinem Amt bestätigt. (*PIR 01.03.01, fijilive 14.03.01*)

KANAKY, FRANZÖSISCH- POLYNESIEN

Gedenkfeiern für Unabhängigkeitskämpfer

Der Ermordung zweier Unabhängigkeitskämpfer wurde Anfang Mai auf Neukaledoniens Hauptinsel gedacht. Am 4. Mai 1989 waren Jean-Marie Tjibaou und Yéwéné Yéwéné von Fanatikern ihrer eigenen Partei während einer traditionellen Begräbnisfeier auf der Insel Ouvéa ermodert worden. Beide gehörten zur FLNKS (Kanak Socialist National Liberation Front, Nationale Befreiungsfront für Kanaky) und waren innerhalb der Partei herausragende Persönlichkeiten. In den 80er Jahren war Tjibaou Anführer der für die neukaledonische Unabhängigkeit kämpfenden FLNKS und Mitunterzeichner des Abkommens von Matignon.

Das Matignon-Abkommen war im Mai 1988 von Unabhängigkeitsgegner Jaques Lafleur (RPCP, Rassemblement pour la Calédonie dans la République, Führer der Partei der europäischen Siedler für den Verbleib bei Frankreich), dem damaligen französischen Premierminister Michel Rocard und der FLNKS ausgehandelt worden. Das Abkommen war der erste Schritt auf dem Weg zu einem Referendum über die Unabhängigkeit des französi-

schen Überseegebiets, das 1998 in das Abkommen von Nouméa mündete. Dieses Abkommen sieht eine wachsende Autonomie für Kanaky und einen graduellen Transfer der Verantwortung vor. 15 bis 20 Jahre nach Unterzeichnung des Nouméa-Abkommens soll Neukaledonien unabhängig werden.

Gedenkfeiern fanden auch zum 13. Jahrestag der Ermordung von 19 Unabhängigkeitsbefürwortern statt. In Gossanah Cavern hatten Kanaken französische Polizisten als Geiseln genommen, um die Unabhängigkeit zu erzwingen. Bei der Erstürmung des Quartiers durch französische Spezialeinheiten wurden alle 19 Geiselnnehmer getötet. (*Oceania Flash* 07.05.01)

Anmerkung der Redaktion: „Kanake“ (dt. Mensch) ist ein polynesisches Wort und bezieht sich auf die indigene Bevölkerung der Insel Kanaky/Neukaledonien.

Neue Regierung in Kanaky

Der Präsident von Neukaledonien, Jean Lèques, ist nach den Kommunalwahlen von seinem Amt als Präsident zurückgetreten. Der langjährige Bürgermeister der Hauptstadt Nouméa erklärte, er wolle sich lieber vermehrt in der Gemeindegemeinschaft engagieren, da bliebe wenig Zeit für die Präsidentschaft. Zum neuen Präsidenten wurde Pierre Frogier gewählt, Mitglied der konservativen Partei der französischen Siedler RPCR (*Rassemblement pour la Calédonie dans la République*). Frogier war seit 1996 Parlamentsabgeordneter für Neukaledonien im französischen Nationalparlament.

Die neue Vizepräsidentin des Landes ist Déwé Gorodé von der FLNKS (Kanak Socialist

National Liberation Front, Nationale Befreiungsfront für Kanaky). Die 52-jährige Schriftstellerin Gorodé ist eine der rühmtesten Aktivistinnen in der Unabhängigkeitsbewegung von Kanaky. In den 70er Jahren musste sie wegen ihres Protestes gegen die französische Herrschaft für einige Zeit ins Gefängnis. Gorodé ist die erste einheimische Frau in einem derart bedeutenden politischen Amt des französischen Überseegebietes. (*PNB* 4/01, *PIR* 05.05.01)

Nickelminen schaffen Arbeitsplätze

Die beiden kanadischen Nickelunternehmen Falconbridge und INCO werden knapp 3.000 Arbeitsplätze in Neukaledonien schaffen. Die Firma Falconbridge gab jetzt bekannt, sie werde 750 Menschen direkt und 1.500 indirekt beschäftigen. Die Mine der Firma entsteht in Kooperation mit der nördlichen Provinz von Neukaledonien, und zwar über deren Beteiligung an der Société Minière du Sud Pacifique (Minengesellschaft des Südpazifiks). Bruce Dumville, Projektmanager bei Falconbridge, sagte, man wolle die Arbeiter vor Ort rekrutieren und möglichst wenig Angestellte aus dem Ausland einstellen.

Noch in diesem Jahr beginnt INCO mit dem Bau einer Nickel- und Kobaltmine bei Goro in der südlichen Hälfte der neukaledonischen Hauptinsel. In dem 1,4 Milliarden US Dollar-Projekt sollen jährlich 54.000 Tonnen Nickel und 5.400 Tonnen Kobalt gewonnen werden. Hier werden bis zur Fertigstellung der Mine in 2004 rund 800 Arbeitsplätze entstehen.

Neukaledonien ist bereits heute der drittgrößte Nickelproduzent weltweit. (*PIR* 09.05.01)

Flosse Partei siegt erneut

Die Partei von Präsident Gaston Flosse, die Taheraa Huiraaatira, geht nach ihrem Sieg bei der Wahl zur gesetzgebenden Versammlung von Französisch-Polynesien in ihre fünfte Amtszeit. Flosse und seine Anhänger erhielten 28 der 49 Sitze im Parlament. 144.000 Menschen (75 % aller Wahlberechtigten) nahmen an der Wahl teil, so dass die Sitze im Parlament aus Repräsentativitätsgründen von bisher 41 auf 49 aufgestockt werden mussten.

Der 70-jährige Gaston Flosse ist seit mehr als 20 Jahren in der politischen Szene von Französisch-Polynesien aktiv. Voraussichtlich wird er bei den Präsidentschaftswahlen Mitte Mai wiedergewählt. Flosse tritt ein für ein Konzept maximaler Autonomie für das französische Überseegebiet und plädiert zugleich für den Erhalt enger Beziehungen zum französischen Mutterland.

In Opposition zu Flosses Vorstellung von der Zukunft des Landes steht die Partei Tavini Huiraaatira unter Vorsitz von Oscar Temaru, der nach der Wahl 13 Sitze im Parlament hält. Temaru befürwortet die Souveränität für ein unabhängiges Französisch-Polynesien sowie die Schaffung einer eigenen Maohi-Staatsbürgerschaft. (*pacnews* 08.05.01)

NEUE ADRESSE!

„pazifik aktuell“

im Internet:

<http://www.antenna.nl/ec-siep>

NEUE ADRESSE!

SAMOA, NAURU KIRIBATI

Naurus Präsident trifft Westpapua-Präsidium

Der Präsident der Republik Nauru, René Harris, und Vertreter des Präsidiums der Westpapas trafen sich Anfang Mai im australischen Melbourne zu Gesprächen über die Zukunft Westpapas. Die papuanische Delegation wurde angeführt von Tom Beanal, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums. Zum Team gehörte auch Franzalbert Joku, der Präsidiumssprecher für internationale Angelegenheiten. Ziel der Verhandlungen war die Entwicklung einer Strategie, wie die Westpapua-Frage auf dem im August in Nauru stattfindenden Treffen der pazifischen Inselstaaten (Pacific Islands Forum) angesprochen werden kann. So sollte versucht werden, Westpapua Beobachtungsstatus beim Forum einzuräumen. Außerdem sollte das Forum das Recht der Papuas auf Selbstbestimmung anerkennen und die Menschenrechtsverletzungen durch Indonesien verurteilen, legten die Verhandlungspartner fest.

Franzalbert Joku gab am Rande des Treffens überraschend bekannt, dass das Präsidium in Verhandlung mit Beijing in China getreten sei. Eine Delegation werde voraussichtlich im nächsten Monat nach Beijing reisen, um mit offiziellen Regierungsvertretern über diplomatische und finanzielle Hilfe für die Westpapas zu verhandeln. „Da uns Australien und Papua-Neuguinea in den Unabhängigkeitsbestrebungen nicht unter-

stützen, wenden wir uns eben an China“, sagte Yoku. (*Melanesia news digest 09.05.01, SMH 19.05.01*)

HAWAI'I

Pearl Harbour Film in den Kinos

50 Jahre nach dem Angriff der Japaner auf Pearl Harbour läuft der gleichnamige Hollywood-Kinofilm Anfang Juni in Europa an. Die Vorpremiere des Films fand Mitte Mai auf dem Kriegsschiff USS John Stennis vor der Küste Oahus/Hawai'i statt. Ein passender Ort, da der 135 Millionen US-Dollar (ca. 270 Mio. DM) teure Film zum Teil von der U.S. Navy (Marine) subventioniert wurde. Im Rahmen der Vorpremiere übergaben die Filmemacher eine nicht genannte Summe Geldes zur Instandhaltung des Arizona Memorials, das an die Ereignisse von 1941 erinnert.

In dem Kriegsdrama unter der Regie von Michael Bay (Produzent: Jerry Bruckheimer) spielt der Jungschauspieler Ben Affleck an der Seite von Kate Beckinsale, Cuba Gooding Junior und Alec Baldwin. In typischer Hollywoodmanier ist das Kriegsgeschehen in eine romantische Liebesgeschichte vor der Kulisse Hawai'is eingebettet.

Pear Harbour ist der Name des amerikanischen Marinestützpunktes an der Südküste der Insel Oahu, nordwestlich von Honolulu. Am 7. Dezember 1941 überfielen von Flugzeugträgern gestartete Einheiten der japanischen Luftwaffe ohne vorherige Kriegserklärung diesen bedeutendsten amerikanischen Marinestützpunkt im

Pazifik. Sie versenkten oder beschädigten acht Schlacht- und elf weitere Kriegsschiffe, konnten jedoch das strategische Ziel einer Ausschaltung der amerikanischen Pazifikflotte nicht erreichen. Der Überfall auf Pearl Harbour führte zur vollen Unterstützung der Politik von Präsident „Teddy“ Roosevelt durch die amerikanische Öffentlichkeit. Die Geschichte um Pearl Harbour ist heute ähnlich wie Vietnam ein Kriegsmythos der Amerikaner und wurde bereits mehrfach verfilmt. (*Pacific Business News 21.05.01, Meyers Taschenlexikon, www.cinema.com, SZ 22.05.01*)

NEUSEELAND

Niedrige Arbeitslosen- quote

Die Arbeitslosenquote in Neuseeland ist auf dem niedrigsten Stand seit 1988. Sie beträgt nur 5,4 % (Deutschland 9,6 %). Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der Arbeitslosen um 16.000, das sind 13 % bei einer Gesamtbevölkerung von knapp vier Millionen Menschen. Noch sind 30.500 Menschen Langzeitarbeitslose, die Zahl der Kurzarbeitslosen sank jedoch von 73.000 auf 64.400. Große Unterschiede bestehen in der ethnischen Zugehörigkeit der Beschäftigungslosen. 12 % aller Arbeitslosen sind Maori, nur 4,2 % sind Europäer. (*Newsealand newsletter 21.05.01*)

AUSTRALIEN

Atomtestveteranen missbraucht

Professor Sue Rabbit-Roff von der schottischen Universität Dundee ist bei Recherchen in den australischen Archiven auf einen Skandal gestoßen. Aus den Dokumenten gehe hervor, dass australische Wartungstechniker während der Atomtests der Briten in den 50er und 60er Jahren auf der Monte Bello Insel (Westaustralien) und Maralinga (Südaustralien) als Versuchskaninchen missbraucht worden seien. So hätten die Arbeiter verschiedene Arten von Kleidung tragen müssen, um den bestmöglichen Schutz vor der radioaktiven Strahlung herauszufinden. In den Archiven seien 24 Personen namentlich aufgeführt, die Tage nach den atmosphärischen Tests der Nuklearwaffen mit diversen Kleidungsstücken durch die Wüste bei Maralinga laufen mussten, erklärte Rabbit-Roff.

Die Archive widersprächen den Aussagen der britischen Regierung vor dem Europäischen Gerichtshof der Menschenrechte 1997, kritisierte Roff. Damals hatten Regierungsvertreter versichert, Menschen seien nie als Versuchskaninchen bei atomaren Tests missbraucht worden.

Rechtsanwalt Morris May, Vertreter einer Gruppe von 30 Nukleartestveteranen, die auf Kompensationszahlungen für Gesundheitsschäden klagen, bestätigte Rabbit-Roffs Archivfund. Seine Klienten hatten ihm mehrfach berichtet, sie hätten in Wollstoffen durch verseuchtes Gebiet laufen müssen, ob-

wohl diese Kleidung für das heiße und trockene Wüstenklima von Maralinga denkbar ungeeignet war.

Sue Rabbit-Roff arbeitet am Medizinischen Zentrum der Universität von Dundee zu den Nachwirkungen von Atomtests auf die Familien der damaligen Techniker. Ihren Forschungsauftrag erhielt sie von der „British Nuclear Test Veterans Association“, einem Zusammenschluss der britischen Testteilnehmer. Bei ihren Erhebungen stellte sie in den Folgegenerationen bereits ein mehrfach erhöhtes Krebsrisiko, sowie seltene Erb- und Skeletterkrankungen fest. Rabbit-Roff arbeitet eng zusammen mit dem französischen „Centre des obsarmes nucléaires“ (Beobachtungszentrum für Nuklearwaffen) in Lyon und der europäischen Pazifik-Netzwerk-Solidarität. (SMH 11.05.01, eigene Recherchen)

Anmerkung der Redaktion: Einige Tage nach Roffs Bericht hat die britische Regierung offiziell zugegeben, die 24 Männer als Versuchskaninchen für die sogenannten „Clothing tests“ (Kleidertests) in Maralinga missbraucht zu haben. (Asia Times online 16.05.01)

Auslandsfernsehen gescheitert

Das australische Auslandsfernsehen Australia TV hat zum 23. März seinen Betrieb eingestellt. Die Betreibergesellschaft Seven Network zog es vor, auf zugesagte Regierungsgelder in Höhe von fünf bis sieben Millionen US Dollar zu verzichten. Australia TV sendete seit 1993 als Zweig der Australian Broadcasting Corporation (ABC) und wurde über Satellit ausgestrahlt. Neben Sendungen in Englisch gab es auch Nachrichten in Bahasa Indoneisa, Kanton- und Mandarin-Chinesisch. Der von Seven Network privatisierte Sender

konnte sich durch Werbeeinnahmen nicht tragen. Schon zuvor hatte es Debatten darüber gegeben, ob der traditionelle Rundfunk als Auslandsmedium nicht besser geeignet sei als Satellitenfernsehen. (VoA Communications World, Biener 24.3.01)

Ayers Rock gesperrt

Die Aborigines haben ein befristetes Besuchsverbot für den heiligen Berg „Uluru“, bei uns besser bekannt unter dem Namen „Ayers Rock“, erreicht. Nach dem Tod des Stammesältesten im Gebiet des Uluru hatten Familienangehörige darum gebeten, während der Trauerzeit bis zur Beerdigung keine Besucher auf den Berg klettern zu lassen. Der Uluru-Kata Tjuta Nationalpark, der den Ayers Rock umgibt, bleibt jedoch für Besucher geöffnet. Denis Burke, Regierungschef des Northern Territory, in dem der Park liegt, hat die Aufhebung der Sperrung und ein Eingreifen der Regierung in Canberra gefordert. Burke befürchtet Einbußen im Tourismus. Reiseveranstalter in Australien gehen jedoch davon aus, dass die Sperrung des Uluru die Attraktivität der Region noch steigern wird. Viele Touristen respektierten die traditionelle Lebensweise der Aborigines und befürworteten die Schließung, hieß es aus Tourismusveranstalter-Kreisen. (Australien newsletter 17.05.01, eigene Recherche)

Eigentumsrechte zurückgegeben

Der Bundesgerichtshof im australischen Brisbane hat den Kaurareg, einer Gruppe der Aborigines, Landtitel über sieben Inseln in der Torresstraße zugesprochen.

Der Zurückerstattung der Eigentumsrechte an die Ureinwohner der Inseln waren fünfjährige Verhandlungen zwischen der Provinzregierung in Queensland, dem Rat von Cape York, dem Rat der Torresstraße, dem Tribunal für die Ansprüche an Titel (National Native Title Tribunal) und den Kaurareg vorhergegangen. Die Vereinbarung zwischen den Parteien sieht vor, dass die Kaurareg volle Nutzungs- und Eigentumsrechte zurückerhalten. Sie haben die Rechte an Land und Wasser in alleiniger Verantwortung. Einzige Auflage: Die Strassen und Reserven müssen öffentlich zugänglich bleiben.

Die Landtitel beziehen sich auf folgende Inseln in der Torresstraße: Horn Island, Prince of Wales, Entrance Island, Packer Island, Port Lihou Island, Dumuralug Island und Turtle Island.

Billy Wasaga, ältester chief der Kaurareg, sagte, er sei stolz, den Rechtsanspruch auf das Land seiner Vorfahren zurückbekommen zu haben, nachdem sein Großvater 1922 von den Inseln vertrieben worden war. (SMH 23.05.01)

BRENNPUNKTE/ HINTERGRÜNDE

WESTPAPUA

Rumbiak vor Menschenrechtskommission

John Rumbiak, Vertreter des indonesischen Menschenrechtsinstituts ELSHAM-IHRSTAD (Institute for Human Rights Study and Advocacy)

hat auf der 57. Sitzung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf über die schwierige Situation der Menschenrechte in Westpapua gesprochen.

Rumbiak traf sich mit der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Mary Robertson und erinnerte sie an ihr im vergangenen Jahr gegebenes Versprechen, sich für die Verbesserung der Menschenrechtssituation einzusetzen. Die jüngste Verschlechterung der Lage in Westpapua sei eine direkte Folge der Unterdrückungsmaßnahmen indonesischer Sicherheitskräfte gegen die Anhänger der westpauanischen Unabhängigkeitsbewegung, erklärte Rumbiak der Kommission. Es sei schade, dass sich die indonesische Regierung die Aufrufe von Kirchen und Nichtregierungsorganisationen nicht zu Herzen nähme, sagte Rumbiak weiter. Diese würden schon seit Monaten zu einem friedlichen Dialog zwischen Indonesien und den Führern der Westpapua-Bewegung aufrufen. Rumbiak forderte ein Ende der Straflosigkeit sowie die Freilassung von politischen Gefangenen.

Für die Zeit nach dem Ende der Suharto-Diktatur 1998 bis Ende 2000 hat die Menschenrechtsorganisation IHRSTAD zahlreiche Fälle von Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, darunter 500 Fälle von unrechtmäßigen Verhaftungen, Verschwindenlassen und Folter sowie 80 Fälle von extralegalen Hinrichtungen. (VEM 02.04.01, *Melanesian News Digest* Mai 2001)

Prozessaufakt

In der Provinzhauptstadt Jayapura hat der lang erwartete Prozess gegen fünf Mitglieder der westpauanischen Unab-

hängigkeitsbewegung begonnen. Theys Eluay, Don Flassy, John Mabor, Thaha Al Hamid und Pfarrer Herman Awom, stellvertretender Leiter der protestantischen Kirche Indonesiens (GKI), waren im Dezember vergangenen Jahres im Zuge der Feierlichkeiten zur selbst ernannten Unabhängigkeit Westpapas am 1. Dezember 1961 verhaftet worden. Die fünf Männer sind des Regierungsumsturzes angeklagt. Sie hätten öffentlich die Unabhängigkeit Westpapas verlangt und sich der Subversion schuldig gemacht, hieß es seitens der indonesischen Regierung.

Theys Eluay, Führer des im Juni 2000 gewählten papuanischen Präsidiums, provozierte zu Prozessbeginn im Gerichtsgebäude von Abepura mit der Antwort auf die Frage nach seiner Nationalität: „*Ich bin Papua und ich komme aus dem Land Papua*“. Dem stimmten die 70 Teilnehmer im Gerichtssaal sowie die auf der Strasse zu hunderten versammelten Anhänger von Eluay begeistert zu.

Die Versuche internationaler Rechtsanwälte, die fünf Beklagten vor Prozessauftakt freizusprechen, waren gescheitert. Eluay scheint bei Präsident Wahid trotzdem einen Stein im Brett zu haben. Wahid gestattete Eluay einen Krankenhausaufenthalt in Jakarta und finanzierte notwendige Operationen, während die anderen Angeklagten in Haft blieben. (AFP 09.05., 13.05., 14.05.01)

Entwurf eines Autonomiegesetzes

Eine Arbeitsgruppe von Papuas unter Vorsitz des Rektors der Cenderawasih-Universität in Jayapura hat dem Parlament

und der Regierung in Jakarta den Entwurf eines Autonomiegesetzes für Westpapua vorgelegt. Die Nachrichtenlage zu diesem Entwurf ist relativ unklar. Folgende Forderungen der Arbeitsgruppe scheinen festzustehen:

1) „Papua“ als Name für die Provinz, mit einer eigenen Flagge und Hymne. Gründung einer eigenen politischen Partei sowie einer einheimischen Lokalpolizei, die nicht Jakarta untersteht.

2) Einrichtung eines Zweikammer-Systems im Provinzparlament, die zweite Kammer soll nur aus (Stammes-)Vertretern der Papua bestehen.

3) Nur 20 % des Einkommens der Provinz soll an Jakarta abgeführt werden.

Angeblich haben 60 der 500 Parlamentarier in Jakarta diesem Entwurf bereits informell zugestimmt. Über den Entwurf darf das Parlament allerdings erst offiziell entscheiden, wenn die Regierung grünes Licht gibt. Das Repräsentantenhaus will den vorgelegten Entwurf zur Autonomie auf jeden Fall in seine Entscheidung miteinbeziehen. Der Sprecher des Hauses, Akbar Tandjung, sagte dazu, der Willen des Volkes sei immer ausschlaggebend. (*West Papua Netzwerk, VEM 10.05.01, Jakarta Post 18.05.01*)

SPORT IM PAZIFIK

Trauerspiel für Amerikanisch-Samoa

Ein Weltrekordsieg der Australier hat in Amerikanisch-Samoa für Wutausbrüche und Tränen gesorgt. Die Fußballnationalmannschaft von Australien hatte zunächst in der WM-Qualifikation von Ozeanien das

tonganische Team mit 22:0 geschlagen und war damit in die FIFA-Annalen eingegangen. Tage später steigerte sich Australien erneut und gewann gegen Amerikanisch-Samoa mit 31:0 Toren. Damit hat Australien einen neuen Rekord für internationale Länderspiele aufgestellt. Die Schiedsrichter im torreichsten Spiel des Jahrhunderts zeigten trotz der Proteste aus dem Publikum kein Erbarmen und ließen Amerikanisch-Samoa bis zur letzten Spielminute auf dem Platz. (*eigene Recherche April 01*)

Ozeanische Basketballmeisterschaft auf Fidschi

An der fünften ozeanischen Basketballmeisterschaft in Suva auf Fidschi werden erstmals auch die Basketballprofis aus Neuseeland und Australien teilnehmen. Die alle vier Jahre stattfindende Meisterschaft wird damit eines der diesjährigen sportlichen Highlights im Pazifik. Vom 24. Juni bis zum 7. Juli werden 14 Männermannschaften und zehn Frauenteams erwartet, insgesamt etwa 300 Spieler und 60 Offizielle. Gastgeber der Meisterschaft ist der Amateurbasketballverband von Fidschi, der bereits an der Logistik dieses Sportereignisses bastelt. So wird der Austragungsort, die Sporthalle auf dem Campus der Universität des Südpazifiks (USP), zur Zeit auf Vordermann gebracht, des Weiteren entsteht auf dem Universitätsgelände ein Sportlercamp. (*pac-news 23.04.01*)

Teurer Americas Cup

Am Geld soll der deutsche Gewinn der begehrtesten Segelregatta der Welt nicht scheitern. Der Leverkusener Unternehmer Michael Illbruck, Chef

von weltweit 3.200 Mitarbeitern, wird voraussichtlich 30 Millionen Mark ausgeben müssen, um Deutschland zu einer realen Siegeschance im Americas Cup zu verhelfen. Rund eine Million Mark kostet allein die Optimierung der ersten deutschen Americas Cup Yacht. Ziel ist es, den Wasserwiderstand zu vermindern und damit die Segeleigenschaften des geplanten 25 Meter-Schiffes zu verbessern. Mit den Arbeiten wurde jetzt in der Hamburgischen Schiffbauversuchsanstalt begonnen.

Das Meldegeld von 150.000 US Dollar hat Illbruck überwiesen. Nun gilt es, bürokratische Hürden zu überwinden. Die Profisegler müssen ab 1. März 2001 ihren Hauptwohnsitz in Deutschland haben, sonst dürfen sie im Oktober 2002 nicht als deutsches Team antreten. Illbrucks Crew um den amerikanischen Skipper John Kosteki besitzt jedoch ausländische Pässe und muss sich jetzt um Aufenthaltsgenehmigungen bemühen. Experten schätzen die Chancen eines deutschen Teams als relativ gering ein. Die bereits Americas Cup erfahrenen Mannschaften aus den USA und Titelverteidiger Neuseeland haben einen zu großen Vorsprung im Wettlauf um die „silberne Kanne“. (*Die Welt 25.02.01*)

BUNT GEMISCHT

David McTaggart tödlich verunglückt

Italien. Der Gründer von Greenpeace International, der Kanadier David McTaggart, ist am 23. März in Italien tödlich verunglückt. Der 1932 in Van-

couver geborene McTaggart erlangte Berühmtheit durch seinen Einsatz gegen die französischen Nukleartests auf Moruroa in den 60er und 70er Jahren. Mit seiner Yacht hatte McTaggart Position im militärischen Sperrgebiet vor Moruroa bezogen, so dass er die Durchführung zahlreicher Tests verhindern bzw. verschieben konnte. Dabei wurde McTaggart von französischen Soldaten tätlich angegriffen. Die von einem Crewmitglied heimlich aufgenommenen Aufnahmen gingen durch alle Medien und führten zu heftiger Kritik an den französischen Atomtests.

1979 gründete McTaggart "Greenpeace International". Bis zu seiner Pensionierung 1991 war er Vorsitzender und Sprecher von Greenpeace. Seit 1991 lebte McTaggart auf einer Farm in Italien, wo er im organischen Anbau Olivenöl gewann und sich außerdem in dem von ihm initiierten Programm zur Rettung der Wale engagierte. (*Greenpeace* 27.3.01)

Finne für Dissertation über Salomonen ausgezeichnet

Finnland. Der Finne Jari Kupiainen ist für seine Dissertationsschrift über Tradition, Handel und Holzschnitzerei auf den Salomonen („Tradition, Trade and Woodcarving in Solomon Islands“) von der Finnischen Akademie der Wissenschaften ausgezeichnet worden. Kupiainen erhielt den Preis für die „Dissertation des Jahres 2000“ in der Kategorie Sozialwissenschaften. Die Finnische Akademie vergibt jährlich Auszeichnungen für vier Dissertationen in verschiedenen Disziplinen. (www.intervention.dk)

Engagierter Goldman-Preisträger

Neukaledonien. Zu den diesjährigen acht Preisträgern des renommierten Goldman-Umweltpreises gehört auch der Neukaledonier Bruno Van Peteghem in der Länderkategorie „Inselnationen“. Der 46-jährige Van Peteghem aus Nouméa leitet die internationale Kampagne zur Rettung eines der weltweit größten Korallenriffe. Das Riff vor der Küste Neukaledoniens läuft Gefahr, durch die Aktivitäten der kanadischen Nickelfirma INCO (International Nickel Company of Canada) zerstört zu werden. Zum Abbau der Nickelvorhaben benutzt INCO saurehaltiges Sulfid. Zur Neutralisierung der giftigen Rückstände aus der Nickelmine will INCO nun große Teile von Korallen aus dem Riff graben. Das in den Korallen enthaltene Calciumcarbonat reagiert mit den saurehaltigen Sulfiden und neutralisiert sie.

Van Peteghem engagiert sich seit Anfang der 90er Jahre auf Neukaledonien im Umweltschutz. Er ist Mitbegründer der einheimischen Partei „Die Grünen“ (Les Verts Pacifique) und der Korallenschutzorganisation „Corail vivant“ (lebende Korallen). Beide Organisationen sowie ein Zusammenschluss regionaler Umweltschutzgruppen kämpfen darum, das Korallenriff auf die Liste des Kulturerbes der UNESCO zu setzen.

Der streitbare Umweltschützer Van Peteghem hatte sich im letzten Jahr gegen den durch Unabhängigkeitsgegner Jacques Lafleur geplanten Bau eines Luxusressorts in der Bucht vor Nouméa eingesetzt. Daraufhin hatte Lafleur ihn als „kleinen Bastard“ beschimpft und war vom Gericht in Nouméa wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe in Höhe von

16.500 DM verurteilt worden. (*Langhum Mitchell Communications* 23.04.01, *Oceania Flash* 03.03.01)

Rotohrenschleifer in Westpapua entdeckt

Westpapua. Forscher des Naturschutzbundes WWF haben eine vom Aussterben bedrohte Tierart in Westpapua entdeckt. Der sogenannte „Rotohrenschleifer“ (*trachemya scripta elegans*) wurde in der Gegend von Borarsi im Manokwari Distrikt gefunden. Es handelt sich um eine Frischwasserschildkröte der Gattung Emydidae, deren Unterarten vor allem in Zentral- und Südamerika leben, berichtete Jhon Maturbongs, Sprecher des Forscherteams. Obwohl man um die Existenz dieser Schildkrötenart gewusst hätte, hätte man sie noch nie sichten können, hieß es weiter. Nun könne man weiterforschen. Man habe schon entdeckt, dass der Panzer der weiblichen Schildkröte viel höher sei als der der männlichen, begeisterte sich der WWF-Mitarbeiter. (*Indonesian Observer* 26.04.01)

Maler Ravello ist tot

Pape'ete: Der französische Maler Francois Ravello ist Ende Mai an Lungenkrebs auf der Insel Moorea verstorben. Ravello hatte seine Heimatstadt Toulouse/Frankreich 1956 verlassen und war nach Tahiti ausgewandert. Er arbeitete zunächst als Fischer, später als Lehrer auf den Marquesas-Inseln und als Barkeeper auf den Tuamotus. 1964 eröffnete er die erste Ausstellung in Tahiti, weitere Ausstellungen in Französisch-Polynesien, Paris und Tokio folgten. Ravellos Bilder zeigen im realistischen Stil das Alltagsleben der Polynesier. (*PIR* 27.05.01)

Independent karikiert Alltag in PNG

Port Moresby: Die christliche Wochenzeitung „Independent“ prangert gesellschaftliche Missstände in Papua-Neuguinea in Form von Cartoons und Karikaturen an. Die Grafiker des Independent, meist an der inzwischen geschlossenen Faculty of Creative Art (Kunsthochschule) ausgebildete Künstler, scheuen dabei auch nicht vor kritischen Tönen zurück. Im folgenden eine Auswahl der Cartoons aus den letzten Ausgaben mit folgenden Themen: Die geplante Privatisierung von staatlichen Unternehmen wie der Fluggesellschaft Air Niugini, die Ausbeutung der natürlichen Bodenschätze des Landes und die ungerechte Verteilung der Exportgewinne sowie die Probleme von Korruption und Vetterwirtschaft. (*eigene Recherche, Independent Ausgaben 2000 und 2001*).